



Bundesteilhabegesetz

Diskussion mit Ulla Schmidt und Bernhard Daldrup im St. Marien am Voßbach Enniger

„Das Bundesteilhabegesetz ist ein Meilenstein in der Inklusionspolitik.“ Niemand widersprach beim gemeinsamen Frühstück mit Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt, im Gegenteil: Das Gesetz wurde sehr begrüßt und gemeinsam wolle man dazu beitragen, den schrittweisen Prozess der Umsetzung konstruktiv zu begleiten. Bernhard Daldrup, heimischer Bundestagsabgeordneter, hatte nach Enniger ins Haus St. Marien am Voßbach zum Gespräch mit Betroffenen und Mitarbeitern aus der Behindertenhilfe eingeladen. Im Mittelpunkt stand das Bundesteilhabegesetz (BThG). Mit dabei waren unter anderem Marion Schmelter, die Inklusionsbeauftragte der Stadt Ennigerloh, Vertreter des Hauses St. Marien am Voßbach, Vertreter der Lebenshilfe, des DPWV sowie Eltern und Betroffene aus der Einrichtung.

„Sowohl der Gesetzgebungsprozess als auch Umsetzung und Fortentwicklung des BThG muss kritisch durch alle Gruppen begleitet werden, die mittelbar und unmittelbar davon betroffen sind“, so Daldrup. „Inklusion braucht Zeit. Das konnte Marion Schmelter nur unterstützen, sie konnte bestätigen, wie wichtig es ist, mit Aktionen und Veranstaltungen immer wieder Inklusion zu leben. Das funktioniert in Ennigerloh schon recht gut. zudem ist Inklusion eine Bereicherung für die Gesellschaft.“

Ulla Schmidt betonte deutlich, dass das BThG nicht perfekt sei, für Betroffene jedoch zahlreiche Verbesserungen mit sich bringe. Einer der Kernpunkte bestehe darin, dass die Aufgabe vom Betroffenen aus, nicht mehr nur aus dem Blickwinkel der Einrichtung gehandelt werde. So stünden individuelle Gestaltungs- und Organisationsmöglichkeiten im Bereich der Pflege nun mehr im Vordergrund. Hierzu zähle auch das sogenannte Wunsch- und Wahlrecht, dass es Betroffenen ermögliche eine Einrichtung selbst auszuwählen statt ihr schlicht zugewiesen zu werden.

Klar sei aber auch, dass das Gesetz einen wesentlichen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention leiste. Es werde nichts überschlagen, daher sei Evaluation und Neubewertung Teil des Verfahrens, das auch wissenschaftlich begleitet wird und bis 2022 dauere. An erster Stelle stünde jedoch, Inklusion in den Köpfen der Menschen ankommen zu lassen. „Manchmal ist das Bauen einer Rollstuhlrampe einfacher, als die Barrieren in den Köpfen einzureißen“, so Schmidt.

In der anschließenden Diskussion stand die Praxis im Mittelpunkt. Die Fragen und Anmerkungen betrafen daher unter anderem die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt, die Schwierigkeit bezahlbaren Wohnraum zu finden oder überhaupt zu schaffen, aber auch Schwierigkeiten bei der Umstellung von stationärer Pflege. Die Veranstaltung war Teil einer Reihe zum Bundesteilhabegesetz, die Bernhard Daldrup in den vergangenen zwei Jahren im Wahlkreis durchgeführt hat. Sowohl die Inklusionsbeauftragte des Bundes, Staatssekretärin Verena Bentele als auch die behindertenpolitische Sprecherin der SPD, Kerstin Tack, hatten engagiert Debatten im Kreis Warendorf geführt. Zudem hat Daldrup selbst mit Teilnehmern aus dem Kreis Warendorf bei einer Demonstration in Berlin, organisiert von Caritas und Lebenshilfe, teilgenommen. Zum Schluss war für alle Anwesenden klar: „Wir sind noch lange nicht am Ende der Debatte“, so Bernhard Daldrup, der sich bei der stellvertretenden Leiterin des Hauses Ilka Schröder bedankte.

Marion Schmelter betonte nicht ohne Stolz, das Enniger gerade „Golddorf“ geworden ist und dabei die Inklusion eine große Rolle gespielt hat. In Enniger wird nicht über Inklusion gesprochen, sondern sie wird gelebt. Die Verbindung mit den Bewohnern des St. Marien am Voßbach zu den Bürgern im Dorf ist vorbildlich.

(Fotos zur Veranstaltung in der Mediathek – Bildergalerie)